LÖSCHWASSERVEREINBARUNG

zwischen

der Großen Kreisstadt Backnang,
vertreten durch den Oberbürgermeister Maximilian Friedrich, Am Rathaus 1,
71522 Backnang
-im Folgenden „**Stadt**“ genannt-

und der

Stadtwerke Backnang GmbH, Schlachthofstraße 6–10, 71522 Backnang,
vertreten durch den Geschäftsführer Thomas Steffen
-im Folgenden „**WVU**“ genannt-

beide gemeinsam im Folgenden
„**Parteien**“ genannt

Präambel

- (1) Die Stadt hat nach § 3 Abs. 1 Satz Ziff. 3 des Feuerwehrgesetzes für Baden-Württemberg (FwG) eine den örtlichen Verhältnissen angemessene Löschwasserversorgung sicherzustellen.
- (2) Das WVU ist aufgrund des Konzessionsvertrags mit der Stadt vom TT.MM.2022 berechtigt und verpflichtet, die öffentliche Versorgung mit Trinkwasser im Stadtgebiet sicherzustellen und jedermann an die örtlichen Wasserversorgungsanlagen anzuschließen und hieraus zu versorgen. Die Stadt räumt dem WVU mit dem Konzessionsvertrag das Recht ein, die öffentlichen Verkehrswege zur Errichtung und zum Betrieb dieser Wasserversorgungsanlagen zu benutzen.

- (3) Zur Sicherstellung der den örtlichen Verhältnissen angemessenen Löschwasserversorgung reichen die der Stadt zur Verfügung stehenden Löschwasserbereitstellungskapazitäten außerhalb der örtlichen Wasserversorgungsanlagen des WVU nicht aus. Auf dieser Grundlage vereinbaren das WVU und die Stadt auf Grundlage von § 17 Abs. des Wasserkonzessionsvertrages Art und Umfang der Vorhaltung und Entnahme von Trinkwasser zu Feuerlöschzwecken oder Feuerlöschübungszwecken aus dem Leitungsnetz des WVU.

§ 1

Ermittlung der vorhandenen Entnahmestellen und Löschwassermengen

- (1) Das WVU ermittelt unter Berücksichtigung der jederzeit für die Gewährleistung der Versorgungspflicht der Trinkwasserversorgung notwendigen Trinkwassermengen
- a) die Entnahmestellen der örtlichen Wasserversorgungsanlagen (Hydranten), die für die Entnahme von Löschwasser geeignet sind, und erstellt auf dieser Grundlage einen **Hydrantenplan** (Plan aller Entnahmestellen der örtlichen Wasserversorgungsanlagen des WVU) (**Anlage 1 dieser Löschwasservereinbarung**).
 - b) die Trinkwassermengen, die aus den im Hydrantenplan aufgeführten Entnahmestellen zu Feuerlöschzwecken entnommen werden können, und stellen diese in einem **Bereitstellungsplan (Anlage 2 dieser Löschwasservereinbarung)** zur Entnahme von Löschwasser aus den Anlagen des WVU dar.
- (2) Beide Pläne hat das WVU binnen sechs Wochen nach Unterzeichnung dieser Vereinbarung der Stadt erstmalig sowie jährlich zum 31.12. aktualisiert zu übergeben. Diese Pläne werden mit Übergabe Teil dieser Vereinbarung. Die Stadt stimmt das Format der durch das WVU zu übergebenden Pläne und Unterlagen mit dem WVU ab.

§ 2

Bereitstellungspflicht

- (1) Das WVU wird die Belange der Löschwasserbereitstellung – einschließlich einer ausreichenden Anzahl von Hydranten, die zur Löschwasserentnahme geeignet sind – bei Planung, Errichtung, Unterhaltung und Betrieb der Wasserversorgungsanlagen berücksichtigen. Es wird über die öffentliche Wasserversorgung Trinkwasser zu Löschzwecken zur Abdeckung des sich nach den Bebauungsplänen für das Stadtgebiet der Stadt ergebenden Bedarfs entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik, insbesondere dem DVGW Arbeitsblatt W 405 und diese ersetzenden Regeln, bereitstellen und jederzeit über entsprechende Entnahmestellen (Hydranten) vorhalten.
- (2) Sollte dies aus trinkwasserhygienischen Gründen, welche das WVU ggf. der Stadt darzulegen und nachzuweisen hat, oder aus brandschutztechnischen Gründen nicht möglich sein, werden sich die Parteien unbeschadet der Regelung im folgenden Absatz über eine angemessene Lösung verständigen.
- (3) Sollte anstelle der Bereitstellung der Löschwasserversorgung aus den örtlichen Wasserversorgungsanlagen die Errichtung einer nicht leitungsgebundenen Löschwasserversorgung beispielsweise aufgrund Rückbaus oder der Verkleinerung von Leitungen oder zu geringen Wassermengen im Netz erforderlich werden, ist das WVU in Abstimmung mit der Stadt auf eigene Kosten zu einer entsprechenden Ersetzung der leitungsgebundenen Löschwasserversorgung verpflichtet. Ist eine entsprechende Änderung der Löschwasserversorgung nach Ansicht des WVU sinnvoll, ist das WVU in Abstimmung mit der Stadt auch in anderen Fällen zu einer derartigen Ersetzung berechtigt. Die Verpflichtung des WVU zur Löschwasserbereitstellung und -vorhaltung nach vorstehendem Absatz wird hiervon nicht berührt. Die Regelungen dieses Vertrags finden auf solche nicht leitungsgebundenen Anlagen der Löschwasserversorgung des WVU entsprechend Anwendung.

- (4) Die Abstände zwischen Hydranten betragen im Innenbereich bzw. im bebauten Gebiet maximal 150 m. Zwingend erforderliche Abweichungen stimmen die Parteien untereinander ab.
- (5) Die Löschwasservorhaltung kann durch das WVU unterbrochen werden, soweit dies zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten an den Wasserversorgungsanlagen erforderlich ist. Das WVU hat jede wesentliche Unterbrechung im Rahmen des technisch Möglichen und wirtschaftlich Zumutbaren zeitnah zu beheben. Es wird die Feuerwehr über jede planbare Unterbrechung, welche sich erheblich auf die Löschwasserbereitstellung auswirkt, rechtzeitig im Voraus informieren. Nicht vorgesehene Unterbrechungen, welche sich erheblich auf die Löschwasserbereitstellung auswirken, wird das WVU der Feuerwehr unverzüglich nach Bekanntwerden mitteilen.

§ 3

Berücksichtigung der Löschwasservorhaltung

- (1) Das WVU ist nur verpflichtet, bereits bestehende örtliche Wasserversorgungsanlagen zur Erfüllung von Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu verändern, wenn diese Anlagen aus anderen Gründen erneuert oder sonst wesentlich verändert werden.
- (2) Bei Planung und Errichtung neuer örtlicher Wasserversorgungsanlagen hat das WVU seine Bereitstellungspflicht entsprechend § 2 dieser Vereinbarung zu berücksichtigen.
- (3) Soweit die Stadt mit Blick auf die Entnahme von Löschwasser aus den örtlichen Wasserversorgungsanlagen eine abweichende Ausgestaltung, bspw. die Errichtung zusätzlicher Entnahmestellen oder eine erhöhte Löschwasservorhaltung, fordert, werden die Parteien nach einer einvernehmlichen Lösung durch Abschluss einer Einzelvereinbarung suchen; hierfür gelten nachfolgende Grundsätze:
 - a) Die Stadt erstellt auf eigene Kosten eine Planung mit Vorschlägen an das WVU zur abweichenden Ausgestaltung der neu zu errichtenden örtlichen Wasserversorgungsanlagen.

- b) Das WVU entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, ob und welche der vorgeschlagenen Maßnahmen es bei Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Trinkwasserversorgung durchführen kann. Sollte eine Maßnahme im Rahmen einer ordnungsgemäßen Trinkwasserversorgung nach Ansicht des WVU nicht möglich sein, wird es dies gegenüber der Stadt darlegen und nachweisen. Die Parteien werden versuchen, eine einvernehmliche Lösung zu erreichen.
- c) Die Stadt zahlt an das WVU einen einmaligen Investitionskostenanteil. Der Investitionskostenanteil bemisst sich nach den tatsächlichen Kosten des Neubaus abzüglich der ohnedies für die Erschließung des Gebiets für die Trinkwasserversorgung entstehenden Kosten (Kosten für den ursprünglich vom WVU geplanten Neubau).
- d) Die neu zu errichtenden Anlagen werden vom WVU für die Vertragsdauer nach Maßgabe dieses Vertrags instandgehalten.

§ 4

Entnahme von Löschwasser durch die städtische Feuerwehr

- (1) Die Stadt hat das Recht, durch ihre Feuerwehr an den im Hydrantenplan ausgewiesenen Entnahmestellen Löschwasser zu entnehmen.
- (2) Die Stadt hat zudem das Recht, durch ihre Feuerwehr Trinkwasser zu sonstigen Schadensbekämpfungszwecken – wie beispielsweise zur Niederschlagung von Schadstoffwolken, Verdünnen oder behelfsmäßigem Reinigen von Schadensstellen – zu entnehmen.
- (3) Die Stadt trägt dafür Sorge, dass die Feuerwehr Wasser zu Feuerlöschübungszwecken nur nach vorheriger Information des WVU über den genauen Ort, die Zeit und die Entnahmemenge entnimmt. Das WVU ist berechtigt, jederzeit diese Entnahmen zu untersagen, wenn es die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung im Versorgungsgebiet des WVU erfordert.
- (4) Die Stadt trägt dafür Sorge, dass die Feuerwehr Störungen der angeschlossenen Trinkwasserkunden oder störende Rückwirkungen auf

Einrichtungen des WVU oder Dritter oder Rückwirkungen auf die Trinkwassergüte durch Wasserentnahmen zu Feuerlösch- oder Feuerlöschübungszwecken vermeidet. Das DVGW-Arbeitsblatt W 405-B1 ist einzuhalten. Nach Beendigung der Wasserentnahmen hat die Feuerwehr ordnungsgemäß die beanspruchten Hydranten zu sichern. Die Stadt stellt das WVU von der Haftung aus störender Rückwirkung auf die Trinkwasserversorgung frei.

§ 5

Pflichten des Eigentümers, Besitzers oder Nutzungsberechtigten

- (1) Soweit entsprechend § 3 Abs. 3 Ziffer 1 FwG oder im Rahmen eines Baugenehmigungs- oder eines sonstigen behördlichen Verfahrens von einem Grundstückseigentümer, Grundstücksbesitzer oder dem sonstigen Nutzungsberechtigten eines Grundstücks eine besondere Löschwasserversorgung, beispielsweise Anlagen zur selbsttätigen Bekämpfung von Entstehungsbränden, zur Absicherung des Tragwerks bei Brandwärmebelastung oder zur Absicherung von Flucht und Rettungswegen, gefordert ist, ist es ausschließliche Verpflichtung des betroffenen Eigentümers, Besitzers oder Nutzungsberechtigten, hierfür Sorge zu tragen.
- (2) Ist der betroffene Eigentümer, Besitzer oder Nutzungsberechtigte nicht in der Lage, die erforderliche Menge Löschwasser selbst oder aufgrund einer Vereinbarung durch einen Dritten vorzuhalten, kann das WVU sich hierzu gegen besonderes Entgelt bereit erklären. Das WVU ist hierzu jedoch nicht verpflichtet.

§ 6

Instandhaltung der Hydranten

- (1) Wartung, Inspektion und Instandhaltung der Hydranten, insbesondere das Spülen und Reparieren, mit Ausnahme des Winter(räum)diensts, werden ebenso wie das Sichern der Hydranten gegen Fremdzugriff sowie die nachträgliche Kontrolle nach Übungs- und Einsatz Tätigkeiten der Feuerwehr nach Maßgabe der allgemein anerkannten Regeln der Technik von dem WVU im Rahmen der Instandhaltung der örtlichen Wasserversorgungsanlagen durchgeführt. Das Anbringen von Hinweisschildern auf Hydrantenstandorte an Gebäuden und Grundstücken und deren Kontrolle erfolgt durch das WVU. Diese Aufgaben sind Teil der Löschwasserbereitstellungspflicht gemäß § 2 dieser Vereinbarung.
- (2) Der Winter(räum)dienst, wie insbesondere das Freiräumen und Salzen der Hydranten sowie das dauerhafte Freihalten von Bewuchs (Freischneiden), obliegen der Stadt.
- (3) Die Stadt und ihre Bediensteten haben dafür Sorge zu tragen, dass die Feuerwehr dem WVU festgestellte Funktionsmängel und/oder Schäden der Hydranten unverzüglich mitteilt. Dies gilt auch für Schäden an den Hydranten, die durch die Entnahme von Trinkwasser zu Feuerlösch- und Feuerlöschübungszwecken entstehen.

§ 7

Ansprechpartner

Die Parteien benennen einander Ansprechpartner zur Abstimmung aller Angelegenheiten und Einzelheiten im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung und der Löschwasserversorgung im Stadtgebiet.

§ 8

Unentgeltlichkeit

- (1) Das WVU erbringt die in dieser Vereinbarung vereinbarten Leistungen unentgeltlich als Nebenleistungen i. S. d. § 12 Abs. 1 der Ausführungsanordnung zur Konzessionsabgabenanordnung (A/KAE), soweit in dieser Vereinbarung nichts Anderes geregelt ist.
- (2) Alle Leistungen des WVU nach dieser Vereinbarung werden ausschließlich im Rahmen der jeweils geltenden Bestimmungen, insbesondere der Ausführungsanordnung zur Konzessionsabgabenanordnung (A/KAE), erbracht. Soweit die A/KAE oder die Anordnung über die Zulässigkeit von Konzessionsabgaben der Unternehmen und Betriebe zur Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser an Gemeinden und Gemeindeverbände (KAEAnO), in der jeweils geltenden Fassung, die Erbringung von Leistungen ohne Entgelt oder zum Vorzugspreis verbieten, werden die betreffenden Leistungen nur gegen die Bezahlung einer marktüblichen beziehungsweise – soweit es für die jeweilige Leistung keinen Marktpreis gibt – gegen Bezahlung einer angemessenen Vergütung erbracht.
- (3) Die Stadt und das WVU gehen bei Abschluss dieser Vereinbarung davon aus, dass das WVU die Kosten, die ihr für die unentgeltliche oder verbilligte Erbringung von Nebenleistungen nach Absatz 1 entstehen, bei der Kalkulation der Wasserpreise in Ansatz bringen kann. Sollte durch eine Behörde oder ein Gericht bestands- oder rechtskräftig festgestellt werden, dass eine Leistung zwar unentgeltlich oder verbilligt erbracht werden darf, die dafür anfallenden Kosten aber nicht bei der Kalkulation der Trinkwasserpreise in Ansatz gebracht werden dürfen, und sollte dies dazu führen, dass das WVU das Geschäftsfeld Trinkwasserversorgung in Backnang deswegen nicht mehr kostendeckend führen kann, wird die Stadt die betreffende Leistung nur noch gegen Bezahlung einer marktüblichen Vergütung beziehungsweise – soweit es für die jeweilige Leistung keinen Marktpreis gibt – gegen Bezahlung einer angemessenen Vergütung von dem WVU in Anspruch nehmen; dies gilt auch im Falle rückwirkender Anordnungen oder Feststellungen. Das WVU

wird gegen eine entsprechende behördliche oder gerichtliche Verfügung die verfügbaren Rechtsschutzmöglichkeiten ausschöpfen, soweit sich die Stadt nicht mit einer anderen Vorgehensweise einverstanden erklärt. Soweit eine mit der Prüfung der Rechtsschutzmöglichkeiten gemeinsam ausgewählte und gemeinsam beauftragte und von beiden Parteien hälftig zu bezahlende Anwaltskanzlei zu dem Ergebnis kommt, dass ein Vorgehen gegen eine entsprechende behördliche oder gerichtliche Verfügung keine oder nur geringe Aussicht auf Erfolg hat, hat die Stadt dies – auf Aufforderung des WVU – mit den vorstehend genannten Konsequenzen zu akzeptieren oder das WVU zur Fortsetzung der Rechtsschutzmöglichkeiten aufzufordern und das WVU in diesem Fall von den hierbei entstehenden Kosten freizustellen.

- (4) Die Regelungen in Absatz 2 und 3 gehen allen anderen Bestimmungen dieser Vereinbarung vor.

§ 9 Haftung

Es gelten die Regelungen des zwischen den Parteien geschlossenen Wasserkonzessionsvertrags entsprechend.

§ 10 Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen

Sollte eine der in diesem Vertrag enthaltenen Bestimmungen unwirksam sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Das WVU und die Stadt verpflichten sich, eine unwirksame durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, welche der unwirksamen Bestimmung möglichst gleichkommt. Dies gilt entsprechend für Vertragslücken.

§ 11
Schlussbestimmungen, Laufzeit

- (1) Die in diesem Vertrag aufgeführten Anlagen sind Vertragsbestandteil.
- (2) Das WVU verpflichtet sich, für jeden Fall der Rechtsnachfolge durch ein anderes Unternehmen, seine Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf den Rechtsnachfolger mit der Maßgabe zu übertragen, dass auch dieser seine Nachfolger wiederum entsprechend verpflichtet.
- (3) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform sowie der ausdrücklichen Bezugnahme auf diesen Vertrag. Das Formerfordernis der Schriftform gilt auch für den Verzicht auf die Einhaltung dieser Schriftformklausel.
- (4) Das WVU und Stadt erhalten je eine Ausfertigung der Vereinbarung sowie künftiger Änderungen und Ergänzungen.
- (5) Es gilt der im Konzessionsvertrag zwischen den Parteien vereinbarte Gerichtsstand.
- (6) Die Laufzeit dieser Vereinbarung einschließlich ggf. vereinbarter Verlängerungen oder vorzeitiger Kündigungsmöglichkeiten u. ä. richtet sich nach der Laufzeit des zwischen den Parteien geschlossenen Konzessionsvertrags.

Backnang, den

Backnang, den

.....
Große Kreisstadt

.....
WVU

ANLAGEN

Anlage 1: Hydrantenplan

Anlage 2: Bereitstellungsplan